



WWF Deutschland • Reinhardtstraße 18 • 10117 Berlin

Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herrn Peter Altmaier
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
11019 Berlin

WWF Deutschland
Geschäftsleitung Naturschutz
Reinhardtstraße 18
10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 311 777-0
Joerg-Andreas.Krueger@wwf.de
www.wwf.de

20.07.2018

Offener Brief

10 000 Postkarten für den Klimaschutz

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

in dieser Woche hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ihre intensive Arbeit in Arbeitsgruppen aufgenommen, um das geplante Ende des Abbaus und der klimaschädlichen Verstromung von Kohle in Deutschland einzuläuten. Damit trägt Deutschland seiner Verantwortung zur Erfüllung der Pariser Klimaziele Rechnung, zu denen sich die Bundesregierung international verpflichtet hat.

Die Erarbeitung eines Kohleausstiegspfad es ist ohne Zweifel eine große Herausforderung: technisch, ökonomisch und sozial. Die Menschen in den deutschen Braunkohlerevieren benötigen eine langfristige wirtschaftliche Entwicklungsperspektive. Dafür braucht es eine verlässliche Politik der Dekarbonisierung in allen Wirtschaftsbereichen, vor allem - aber nicht nur - in der Energiewirtschaft. Je entschlossener diese Transformation angegangen wird, umso größer sind die langfristigen Erfolg schancen für die betroffenen Regionen und den Klimaschutz.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist für einen geordneten, sozialverträglichen Kohleausstieg. Seit dem Einsetzen der Kommission “Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung” haben Ihnen 10 000 dieser Bürgerinnen und Bürger Postkarten geschickt, in denen sie eine deutsche Klimapolitik fordern, die effektiv hilft, die Erderhitzung auf unter 2, möglichst 1,5 Grad Celsius bis 2050 zu begrenzen. Sie verleihen dabei ihrer Hoffnung Ausdruck, dass über den schnellstmöglichen Kohleausstieg hinaus nun weitere Schritte zur Erfüllung der deutschen Klimaschutzziele für 2020 und 2030 unternommen werden.

Die Beendigung der Kohleverstromung ist ein erster und sehr wichtiger Schritt, um den Stillstand der letzten Jahre beim Klimaschutz im Energiesektor zu beenden. Dabei ist eine schnelle und entschiedene Reduktion der Kohlekraftwerkskapazitäten um etwa 50 Prozent entscheidend, um das für 2020 gesetzte Klimaschutzziel zu erreichen. Ein geeignetes Instrument hierfür ist die Einführung eines Mindestpreises für den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase im Stromsektor. Ebenso wichtig ist ein auf den

Der WWF Deutschland ist Teil der internationalen Umweltschutzorganisation World Wide Fund For Nature (WWF).

Registriert als Stiftung WWF Deutschland • Senatsverwaltung für Justiz Berlin, Az: 3416/976/2
Stiftungsratsvorsitzender: Dr. Valentin von Massow • Geschäftsführender Vorstand: Eberhard Brandes
Steuer-Nr.: 27/029/42509 • USt-IdNr.: DE114236103
Spendenkonto: IBAN DE06 5502 0500 0222 2222 22 • Bank für Sozialwirtschaft, Mainz • BIC: BFSWDE33MNZ
Spenden an den WWF sind steuerlich abzugsfähig. Testamentarische Zuwendungen sind von der Erbschaftssteuer befreit.



Kohleausstiegspfad abgestimmter, deutlich dynamischerer Pfad für den Ausbau erneuerbarer Energien, der zumindest die Erreichung eines Anteils von 65 Prozent Erneuerbare im Stromsektor bis 2030 gewährleistet. Hierfür ist die schnellstmögliche Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Sonderausschreibungen für Wind- und Solarenergieanlagen entscheidend.

Die Bundesregierung steht darüber hinaus in der Pflicht, umfassende Klimaschutzfortschritte außerhalb des Stromsektors zu erzielen, um die Erreichung des europäisch verbindlichen Klimaschutzziels für 2030 und die Sektorziele 2030 für Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft aus dem Klimaschutzplan sicherzustellen. Für alle diese Sektoren müssen im Rahmen des Klimaschutzplans 2050 noch in diesem Jahr Maßnahmenpläne vorgelegt werden. Wenn die notwendigen Fortschritte in den nicht vom Emissionshandel erfassten Sektoren weiter ausbleiben, droht den deutschen Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen bis 2030 eine zusätzliche Belastung von bis zu 30 Milliarden Euro an Kompensationskosten, da dann von EU-Nachbarn die entsprechenden Minderungen gekauft werden müssen.

Um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erfüllen, ist es darüber hinaus notwendig, dass die Bundesregierung eine ambitioniertere Klimaschutzpolitik auf EU-Ebene unterstützt. Dazu gehört, den europäischen Beitrag zum Pariser Abkommen zu erhöhen. In Deutschland gilt es, parallel das im Koalitionsvertrag beschlossene Klimaschutzgesetz vorzubereiten, um die Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und der Maßnahmenpakete zum Klimaschutzplan 2050 direkt umsetzen zu können. Das Klimaschutzgesetz schafft den Rahmen für die verbindliche Umsetzung der Klimaschutzziele von Paris und die Einhaltung des verbleibenden deutschen Treibhausgasbudgets.

Wir bitten Sie, in Ihrem Haus und innerhalb der Bundesregierung in diesem Sinne darauf hinzuwirken, dass der Klimaschutz in Deutschland wieder Fahrt aufnimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg-Andreas Krüger
Geschäftsleitung Naturschutz
-Ökologischer Fußabdruck-